

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kuntze.
Druck: A. Dering, Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. B. in Auer.
Papier: Kitzinger- u. Kitzinger-Druckerei.
Erscheinungsort: Auer, Erzgebirge.
Vertrieb: Auer-Druckerei.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 12.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsenträger und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise der Zeitungsstellen oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg so vgl. auswendige Anzeigen 50 Pfg. Anzeigenpreise 2. — Mark. Bei größeren Abnahmen aufsprechender Rabatt. Für Zeitungen im Jahr kann gewährt nicht garantieren, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht zeitlich lauter ist.

Nr. 55. Montag, den 7. März 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der sächsische Ministerpräsident Bud ist am Sonnabend nachmittag in Prag eingetroffen. In Falkenstein i. S. wurde, vermutlich infolge politischer Freiberiery, ein verheerendes Dynamitattentat auf das Rathaus verübt, ferner Handgranaten, Attentate auf zwei Privatwohnungen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die aus London vorliegenden Meldungen wurden gestern in Berlin in zwei Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zwischen den beiden Sitzungen fand eine Besprechung mit den erreichbar gewordenen Sachverständigen statt. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die heute in London stattfindenden Verhandlungen der Konferenz ergangen. In London wird heute die deutsche Delegation Vertagung der Entscheidung auf Donnerstag beantragen und die Vorlage neuer deutscher Vorschläge ankündigen.

Besprechungen Dr. Simons mit Lloyd George und Briand.

Aus London wird gemeldet: Dr. Simons ist Sonnabend nachmittag ganz unerwartet aus London abgereist. Man vermutet, daß er nach dem Landshir Chequers gefahren ist, wo sich Lloyd George befindet, um dort die inoffiziellen Besprechungen führen zu können. Diese Tatsache hat bei allen Kreisen große Heberausregung hervorgerufen, und man fragt sich mit Spannung, ob dies ein günstiges oder ein ungünstiges Zeichen für die Montagssitzung sein soll. Obwohl die Nachrichten, die aus Berlin in London eingetroffen sind, nach Londoner Auffassung nicht günstig klingen, nimmt man in London an, daß es noch möglich sein wird, zu einem Ausgleich zu kommen. Man fragt sich indessen, ob Dr. Simons seine Rede am Montag in einer stilleren Stimmung nicht ansagen können und in seinen Ausführungen der Psychologie in den Ententeländern mehr Rechnung tragen wird. Besonders merkt man von den in London bestehenden Spannungen nicht viel, was die Stelle des englischen Außenministers betrifft. — Am Freitag hat Minister Dr. Simons einerseits bei Lloyd George, andererseits bei Briand angefragt, ob er mit ihnen eine persönliche Begegnung haben könne; darauf ist die Antwort erfolgt, daß die beiden Premierminister nur gemeinsam eine beratende Unterhaltung führen würden. Die Begegnung hat Sonnabend vormittag stattgefunden. In London ist nur darüber bekannt, daß Dr. Simons im Laufe der Unterhaltung darauf hingewiesen hat, daß er bevollmächtigt sei, weiter zu verhandeln.

Vor der Unterbreitung eines neuen deutschen Vorschlages.

Das am heutigen Montag ein neuer deutscher Vorschlag unterbreitet werden wird, kann nicht mehr zweifelhaft erscheinen. Er wird sich in dem Rahmen der Verhandlungswollmachten Dr. Simons halten. Die Lage ist von rein politischen Fragen absolut beherrscht. Wenn der deutsche Vorschlag dieser politischen Lage diesmal nicht entspricht, so müssen die Verhandlungen als gescheitert gelten. Zweifellos werden von deutscher Seite die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um doch zu einer Einigung zu kommen. Eine große Kunst der Verhandlungsform ist dazu allerdings erforderlich, und dazu wird auch die Beschränkung auf das Positive gehören. Möglichkeiten der Verständigung hat Lloyd George gewiesen; andere liegen im deutschen Vorschlag selber. Aber man darf nicht vergessen, daß allen drei Parteien die Hände gebunden sind. Dazu muß auch die Verschärfung der Lage, die seit Dienstag eingetreten ist, in Kauf genommen werden. Die Aussichten sind also sicher nicht günstig, aber auch nicht verzweifelt.

Zunächst keine Zwangsmassnahmen?

Der N. N. C. meldet aus London: Nach der Donnerstagsitzung empfing Lloyd George den Vertreter des Neuterritoriums. Lloyd George führte aus: Er erlebte aus der Haltung des deutschen Ministers Dr. Simons, daß kein Abbruch der Verhandlungen erfolgen würde und daß auch zunächst nicht Zwangsmassnahmen gegen Deutschland notwendig wären. Er hoffe, bis Montag auf neue und sachlichere (1.) Vorschläge der Deutschen, aber die die Militierten weiter beraten könnten. Er halte die Lage für nicht so aussichtslos für eine Verständigung.

Nach einer Fristverlängerung?

Die Times melden, daß auch die Frage der Fristverlängerung von den Militierten bereits entschieden sei. Wenn die Deutschen annehmbare Vorschläge zutreffend könnten, werde Lloyd George die Frist zur Vorlegung der deutschen Gegenanschläge bis 11. März ausdehnen.

Die Einmarschdrohung — ein Bluff?

Ein Neuterritorien-Telegramm meldet über die Donnerstagsitzung: Die Erwidrerung Dr. Simons läßt die Hoffnung auf eine Verständigung fortwähren. Wenn die Deutschen nur einigermaßen erdörterungsfähige neue Vorschläge unterbreiten, werden die Militierten zu Verhandlungen darüber gern bereit sein. Die Ankündigung des Einmarsches stellt sich nur als Präventivmassnahme dar, wenn die Deutschen in der Ablehnung beharren.

Keine kriegerischen Handlungen.

Der Volk. Stg. wird aus London gemeldet: In Kreisen der Militierten stellt man sich auf den Standpunkt, daß eine Inkraftsetzung der angekündigten Strafmaßnahmen juristisch nicht als kriegerische Handlung angesehen werden dürfte (1), und daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den

Ententeländern hierdurch nicht berührt würden. Derartige Strafmaßnahmen dürften nach den Bestimmungen des Friedensvertrages am 1. Mai d. J. angewandt werden, und zwar während der Dauer der nächsten 30 Jahre. (Schließlich wird man uns noch einzureden versuchen, daß die Strafmaßnahmen von einem besonderen Wohlwollen der Militierten gegen Deutschland zeugten.) Die Verteilung der Besatzungstruppen.

Der französische Kriegsminister legte Pressevertretern gegenüber den Plan der Verteilung der Besatzungstruppen für den Fall des Inkrafttretens der Sanktionen wie folgt dar: In der ersten Zone mit Duisburg und Düsseldorf stehen die Belgier, in der zweiten Zone mit Köln als Hauptquartier die Engländer, in der dritten Zone die Amerikaner mit Koblenz und in der vierten Zone die Franzosen mit Mainz als Hauptquartier. Die Gesamtzahl der Truppen beträgt 90 000 Mann, wovon 60 000 Mann Franzosen sind, die unter dem Befehl des Generals Degoutte stehen. Das gesamte Besatzungsheer besteht aus 15 Regimentern weißer und farbiger Infanterie, 8 Bataillonen Fußartillerie, 12 Regimentern Feldartillerie, ferner Kavallerie, Genie, und Luftschifftruppen, sowie Tanks.

Die Erklärung des Reichskanzlers

Der Auftrag an Dr. Simons.

Bei vollem Hause und überfüllten Tribünen fand am Sonnabend die erste Rundgebung des Reichstages in der Wiedergutmachungsfrage seit dem Beginn der Londoner Konferenz statt. Die Sitzung wurde vom Präsidenten Löbe, mit der Mahnung eröffnet, keinen Redner durch Anwesenheit in seiner Redefreiheit zu beschränken. Die Kommunisten und Unabhängigen haben dennoch Proteste zur Geschäftsordnung vor dem Beginn der Tagesordnung erlassen und u. a. sich gegen die Erklärung des Präsidenten Löbe vom Freitag gewandt. Ihre Behauptung, sie hätten Löbe nicht den Auftrag gegeben, für sie zu sprechen, wird so wohl kaum imstande sein, den Eindruck seiner Darlegungen vor dem Auslande zu diskreditieren. Nach einigem Hin und Her kam endlich der einzige Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung, nämlich die

Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Lehrenbach führte aus: Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. Es ist das durchaus begreiflich. In den Tagen, da unsere Augen mit der größten Aufmerksamkeit auf London gerichtet sind, den Ort ernster Entscheidungen der deutschen Lebensfragen, ist natürlich der Deutsche Reichstag als Repräsentant des deutschen Volkswillens mehr als je von dem Verantwortungsgesühl durchdrungen, das den politischen Faktoren auferlegt ist. Von diesem gleichen hohen Bewußtsein des Verantwortungsgesühls für das Wohl und Wehe des deutschen Volkes erfüllt, hat aber auch das Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, inwiefern es im gegenwärtigen Moment mit Erklärungen in diesem hohen Hause die Aufgabe über den schädigen kann. Die unseren Unterhändlern in London obliegt. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Ueberzeugung geführt, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört, hört! und Unruhe bei den Kommunisten und Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszugehen: Das Kabinett muß entscheidendes Gewicht darauf legen, daß unsere Unterhändler bei der Durchführung ihrer Aufgaben nicht durch einen in solchen Folgen unübersehbaren Eingriff von hier gestört werden.

Im Einklang mit den vom Reichstag gebilligten Richtlinien hat der Minister des Auswärtigen unser Kabinett den Antrag mitbekommen, daher seine Unerschrockenheit unter keinerlei Verpflichtungen setzen darf, die das deutsche Volk nicht tragen könnte. An diesem Antrage ist nichts geändert worden, und wird nichts geändert werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Auswärtigen alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnützen wird. Lassen Sie mich der höheren Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Volk die Unterchrist seines Beauftragten einsehen wird, wenn sie eine Zusage deckt, die nach sorgsamster Prüfung die Grenzen äußerster möglicher Festhalten innehält, daß das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinen Beauftragten stehen wird, wenn sie sich weigern, ihren Namen unter ein Schriftstück zu setzen, das Unmögliches fordert. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nach den Ausführungen des Reichskanzlers begannen die Parteidarstellungen. Als erster Redner gab der frühere Reichskanzler Hermann Müller (Franken) für die Mehrheitssozialisten die Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Standpunkt vom 2. Februar daß die Pariser Vorschläge unausführbar seien, stehen bleibe. Er ließ es bei dieser Verneinung des Wiederaufbaues des zerstörten Nordfrankreichs und die Bemühungen der Gewerkschaften in Genf hin, die zu einer gemeinsamen Entschliessung der französischen und der deutschen Bauarbeiter über den Wiederaufbau führte, einer Entschliessung, die dem hohen Rat der Entente leider unbekannt geblieben zu

sein scheint. Gewalt ist kein schöpferischer Faktor. Darum müssen die Verständigungsversuche fortgesetzt werden: sowohl die Anrechnung der Vorleistungen wie die Frage des Besserungsscheitens können Gegenstand der Verhandlung sein. Nach einer Polemik mit den Deutschen wandte sich der sozialistische Redner gegen die Bemerkungen Lloyd Georges über die angeblich zu niedrigen indirekten Steuern Deutschlands; bei einer wesentlichen Erhöhung der deutschen Steuern werde die deutsche Arbeiterklasse auf wichtige Lebensmittel verzichten müssen, die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse aber ziele die der Arbeiter der übrigen Welt nach sich. Für das Zentrum bezeichnete Triamborn die Annahme der Pariser Vorschläge als ausgeschlossen und die deutschen Gegenanschläge als das Höchstmögliche unserer Leistungsfähigkeit. Von einer Polemik gegen die Rede des englischen Premiers sah er ab, weil die Entfernung des Verhandlungsortes eine Kenntnis des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen unmöglich mache. Der deutschnationale Redner Hergt, der die deutschen Gegenanschläge als über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehend ansah, wandte sich in ausführlicher Darstellung gegen Lloyd George. Für die Unabhängigen Sozialdemokraten sprach Dr. Breitscheid. Er wehrte sich dagegen, mit den Patrioten in den bürgerlichen Lagern in eine Reihe gestellt zu werden, stellte dann aber klar: fest: daß die Pariser Vorschläge undurchführbar seien, und daß sie im Widerspruch zu den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Ländern stehen. Der volksparteiliche Führer Dr. Stresemann polemisierte in langen, von historischen Exkursen besetzten Ausführungen gegen die Grundlagen der Pariser Vorschläge und die Antwort Lloyd Georges. Für die Demokraten sprach Dr. Schäffer. Er erinnerte an das Telegramm der Düsseldorf Handelskammer, die trotz der schweren Folgen für ihre Stadt eine Entscheidung schließlich nach den Rücksichten des ganzen Volkes verlangte. Der Redner der Demokraten wies darauf hin, daß die Grundlage des Friedensvertrages das erzwungene Schuldbekenntnis des deutschen Volkes sei, gegen das Deutschland immer wieder protestieren werde, daß Deutschland sich den anerkannten Verpflichtungen nicht entziehen, die darüber hinausgehenden aber trotz aller Sanktionen abweisen werde. Der Redner der Kommunisten Stöcker rief das englische und das französische Proletariat auf, sich mit dem deutschen zum Sturz der Bourgeoisie zu vereinigen und verhöhrte die Unabhängigen, die in der gegenwärtigen revolutionären Situation die revolutionäre Parole nicht auszugeben wagen. Die Reden der kleineren Parteien beschloß die Sitzung.

Die Sicherung der oberschlesischen Abstimmung.

Wie das deutsche Plebiszitarkommissariat in Katowitz mitteilt, ist die vielfach herrschende Besorgnis, daß die Bahnlücken im Abstimmungsgebiet gefährdet seien, völlig unbegründet. Im Gegenteil wird gerade während des Verzehes der Abstimmungsfrage im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen der Schutzmächte, die für die ruhige und ordnungsmäßige Abwicklung der Abstimmung verantwortlich sind, durch die Eisenbahnbehörde eine stärkere Sicherung und ein wirksamer Schutz der Bahnanlagen und Wege auf diese Weise gänzlich ausgeschlossen. — Wesentliche Nachrichten beruhen auf unwahren Gerüchten, die von politischer Seite ausgebreitet werden, um Abstimmungs-berechtigte zu ängstigen und von der Reise abzuschrecken. — Die freimütigen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz in Oberschlesien haben sich für die Abstimmung zur Verfügung gestellt. Die Kolonnen sind streng neutral und werden erforderlichenfalls allen ohne Unterschied der Nationalität Hilfe leisten. Jeder Hilfsbedürftige kann sich vertrauensvoll an die durch das Rote Kreuz kenntlichen Mannschaften wenden.

Die Abstimmungsreise.

Wie das deutsche Plebiszitarkommissariat in Katowitz berichtet, sind für die Beförderung der aus dem Reich kommenden Abstimmungsberechtigten von den Bahnhöfen nach den Abstimmungsorten weitgehende Vorkehrungen getroffen. Wenn auf einem Umsteigebahnhof ein längerer Aufenthalt bis zum Abgang des Anschlußzuges notwendig sein sollte, so ist für die Unterkunft in geeigneten Räumen und Erfrischungen in nächster Nähe des Bahnhofs gesorgt. Für die Abstimmungsberechtigten, die von der Bahnstation nach über Land fahren müssen sind Personalausweis und Fahrkarte jeder Art in genügender Zahl bereitgestellt. Für die nach Eintritt der Dunkelheit eintreffenden Abstimmungsberechtigten, die noch über Land fahren müssen oder die am zweiten Tag keinen Anschlußzug mehr erreichen, werden in der Nähe der Bahnhöfe bequeme Uebernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden. Jeder Abstimmungsberechtigte kann also die Reise in der Suberkeit antreten, daß im Abstimmungsgebiete von deutschen Organisationen in jeder Weise dafür gesorgt wird, daß jeder einzelne ohne große Beschwerden bis an sein Ziel befördert wird. Für die Beförderung von alten, kranken und gebrechlichen Personen sind besonders gute und geeignete Transportmöglichkeiten vorgesehen.